

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Postgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Schreibtisch 4,50 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postgesetzes für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 A 11.  
Verleger: Ami Norden No. 203 und 204.

Interate haben die abgegriffene Monoparzellente ober deren Raum 1,20 M., Wertungsziffern das betreffende Wort 25 Pl., jedes weitere Wort 25 Pl. Leerrungsziffern 50 Pl., Familien- und Veranlagungsziffern 100 Pl. der Zahlung wert. Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition angesetzt sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19  
Fernsprecher: Ami Norden 2708

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Die Opfer des Weltkrieges.

## Deutschlands Kriegsverluste.

Über zwei Millionen Tote.

Das traurige Ergebnis an Toten, Verwundeten und Gefangenen des Krieges liegt nunmehr bis zum 30. April vor. Es wurden gemeldet als tot 1 676 696, als vermißt, von denen neun Fünftel als tot betrachtet werden müssen, 373 770, so daß ein Gesamtverlust an Toten von über 2 Millionen angenommen werden kann. Verwundet wurden gemeldet 4 207 828. In feindlicher Gefangenschaft schwanden noch 615 922. In diese Zahl sind aber die Zivilgefangenen nicht einberechnet. Der Gesamtverlust beträgt 6 873 415 Mann.

Wenn jetzt die Leute, die für diese ungeheuren Menschenopfer verantwortlich sind, für die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages eintreten, so müßte jeder daran denken, daß die Politik dieser Leute allein zwei Millionen Tote erfordert habe.

## Die Folgen der Nichtunterzeichnung.

London, 17. Mai.

Das Reutersche Bureau erklärt, daß außer den notwendigen militärischen Maßnahmen, die man für den Fall, daß Deutschland den Friedensvertrag nicht unterzeichnet sollte, beschaffen hat, auch wirtschaftliche Schritte vorgesehen wurden, die die Wiederherstellung der vollen Produktion in ihrer schärfsten Form zur Folge haben würden; andererseits hat der Oberste Wirtschaftsrat auch dafür gesorgt, daß die Blockade im Falle der Unterzeichnung des Friedensvertrages durch Deutschland aufgehoben und es Deutschland ermöglicht wird, die Bestimmungen des Vertrages auszuführen.

## Sofortige Wiederaufnahme des Handels bei Unterzeichnung.

Paris, 17. Mai. (Mentz.)

Es verlangt, daß der Friedensvertrag mit Deutschland eine Klausel enthält, die noch nicht veröffentlicht wurde und in der bestimmt wird, daß die Ratifizierung des Vertrages durch Deutschland und drei der hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächte den Vertrag zwischen den ratifizierenden Parteien in Kraft setzen und auf diese Weise die sofortige Wiederaufnahme des Handels zwischen ihnen möglich machen wird.

## Die Veröffentlichung des Friedensvertrages beschlossen.

Paris, 17. Mai. (Hobos.)

Die Außenminister nahmen die Berichte der Kommission für die Befestigung der bulgarischen Grenze an. Der Ratrat wird die Antwort auf den Prohibit des Grafen Brockdorff-Rantzau gegen die Befestigung des linken Ufers des Rhines und des Saarlandes erwidern.

Die Veröffentlichung des Friedensvertrages wurde prinzipiell beschlossen, aber die Ausfertigungsmobilien werden erst in der Sonnabend-Sitzung des Ständigen Ausschusses beschlossen werden.

## Gegen den Monbijeler Justizskandal.

Forderung der Nichtbestätigung des Urteils im Liebknecht-Luxemburg-Prozess.

Der Bezirksvorstand der S. P. D. hat in seiner letzten Sitzung einstimmig folgenden Antrag angenommen:

„Das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozess kann das Bewußtsein der Arbeiterklasse nicht befriedigen. Wenn gleich anerkannt wird, daß das Kriegsgericht sich bemüht hat, die Verhandlungen objektiv zu führen und die Wahrheit zu ermitteln, muß doch die Unschärfe der Angeklagten und Richter an derselben militärischen Formalien nicht zu vergessen gegen die subjektive Unbefugtheit der Richter hervorgerufen. Der Bezirksvorstand fordert daher die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß das Urteil des Kriegsgerichts nicht bestätigt wird und schließt eine Forderung der bestehenden Gesetze dahin vorzubringen, daß die Wiederholung des Prozesses vor dem zuständigen bürgerlichen Gericht stattfindet.“

Die vorstehende Resolution des Bezirksvorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlin zeigt, daß die

Empörung gegen den Justizskandal in Monbijet auch die breitesten Kreise der rechtssozialistischen Arbeiter ergriffen hat. Die Protestbewegung gegen das ganze Verfahren, die in der Arbeiterklasse immer weitere Kreise zieht, hat auch die Organisationsleitung der S. P. D. genötigt, endlich klar und entschieden gegen den Justizskandal Stellung zu nehmen und von der Regierung die Nichtbestätigung des Urteils und die Wiederholung des Prozesses vor dem zuständigen bürgerlichen Gerichte zu fordern. Wenn der „Vorwärts“ im Anschluß daran nichts weiter zu sagen weiß, als daß ein „Revolutionsgericht“ nicht lange und die „Judapester Kommunistengerichte“ nicht „Schandurteile“ gefällt hätten, und dabei kein Wort des Protestes gegen das wirkliche Schandurteil gegen die Mörder Liebknechts und Luxemburgs findet, so zeigt er erneut, daß er auch in dieser Frage im schroffen Gegensatz zur großen Masse der rechtssozialistischen Arbeiter steht und nach wie vor seinen Beruf darin erblickt, der getreue Diener des Edenhotels zu sein.

## Proteste der Arbeiter.

Die gesamten Funktionäre aller Parteileitungen der Arbeiterbewegung in Teget erheben schärfsten Protest gegen das Urteil im Liebknecht-Luxemburg-Prozess. Sie hegen das tiefste Mißtrauen gegen die Militärgerichtsbarkeit und verlangen von der Regierung die Nichtbestätigung des Urteils, das von der Arbeiterklasse als eine Schande empfunden wird.

Die Arbeiterklasse der Kronleuchterfabrik Gebr. Israel hat mit Unterstützung davon Kenntnis genommen, daß die Schuldigen an der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts freigesprochen worden sind. Sie fordern, daß dieses Urteil durch ein Revolutionsgericht revidiert wird.

Die Arbeiter und Angestellten der D. M. M. Wittenau haben schon während der Verhandlung gegen die Zeit der Verhandlungsführung im Liebknecht-Luxemburg-Prozess protestiert. In einer Resolution fordern sie die Arbeiterklasse ganz Deutschlands auf, gegen das Urteil zu protestieren.

## Die Geschworenen im Prozeß gegen Däumig und Ledebour.

Für die heutige Rechtslage ist sehr bezeichnend, daß die Zusammenkunft der Geschworenen heute noch die letzte ist, wie vor der Revolution. Für den am Montag beginnenden Prozeß gegen die Genossen Ledebour und Däumig sind als Geschworene in Aussicht genommen: 9 Fabrikanten, 9 Handwerksmeister, 2 Bankiers, 2 Kaufleute, 1 Danseigenümer, 1 Rentier, 1 Bankdirektor, 1 Bieringenieur. Arbeiter oder Angestellte wird man auf dieser Liste vergeblich suchen, wenn man nicht in dem Herrn „Überingenieur“ oder dem Herrn „Bankdirektor“ eine unzureichende Vertretung der proletarischen Elemente erblicken will. Und ein so zusammengesetztes Gericht soll dann „gerecht“ Urteil sprechen, zumal es doch ganz selbstverständlich ist, daß ein aus Angehörigen einer Klasse zusammengesetztes Gericht nur ein Klassenurteil sprechen kann. Wird der Prozeß Ledebour-Däumig ein Gegenstück zum Prozeß gegen die Mörder Liebknechts werden?

## Wiedererscheinen der „Leipziger Volkszeitung“.

Privattelegramm der „Freiheit“.

Leipzig, 17. Mai.

Die „Leipziger Volkszeitung“ erscheint heute wieder unter Fortsetzung. Sie hat die ihr zugewiesene Erklärung nur als Erklärung des Generals Maercker gebracht. Die Zustimmung, sie als Debatten-erklärung ohne Zusatz zu bringen, ist auf energisches Protest der Redaktion fallen geblieben worden. Die Redaktion richtet an ihre Leser folgenden Aufruf:

„Die „Leipziger Volkszeitung“ hebt von heute ab unter Fortsetzung. Unsere Leser werden diese unsere Page, die hauptsächlich nur von kurzer Dauer sein wird, zu würdigen wissen. Wir sind sicher, daß die treu zur Revolution lebenden Hand- und Kopfarbeiter unseres Reiches uns die Treue bewahren und daß sie trotz der schwierigen Umstände alles für die weitere Verbreitung der „Leipziger Volkszeitung“ tun werden, wie wir uns bestreben werden, trotz aller Hindernisse unsere Aufgabe so gut wie möglich zu erfüllen.“

Die Fortsetzung wird sehr streng scharfhaft und hat schon verschiedene erhebliche Streichungen vorgenommen.

## Verblendung.

Sie erinnern Euch doch an die Ereignisse, die in den Tagen des Friedensschlusses von Brest-Litowik in Deutschland passierten?

Die deutsche imperialistische Regierung, an der die Sozialisten unter Führung Scheidemanns in bestigter Opposition standen, war mit den Vertretern des russischen Proletariats unter der ausdrücklichen Zusicherung, daß ein Friede auf Grund des Selbstbestimmungsrechts und ohne Kriegsschädigung abgeschlossen werden sollte, in die Verhandlungen eingetreten. Soid stellte sich heraus, daß es sich um einen frechen Betrug handelte. Die Bedingungen der kaiserlichen Regierung bedeuteten einen ungeheuerlichen Gewaltfrieden. Das konnte die Partei Scheidemanns selbstverständlich nicht hinnehmen. Sie rief die Arbeiter zum äußersten Widerstande auf, die Presse der Partei erhob die schärfsten Proteste und fiel fast ganz der Unterstützung auf Grund des Belagerungszustandes anheim. Als die kaiserliche Regierung nach der Ablehnung der Unterzeichnung des Gewaltfriedens durch Trotzki den Befehl zum Vormarsch gegen das revolutionäre Russland gab, da proklamierte die Partei den Generalstreik, veranstaltete ungeheure Arbeiterdemonstrationen in ganz Deutschland, die zu blutigen Zusammenstößen führten. Scheidemann verstärkte im Reichstag, daß die Partei von jetzt an mit verstärktem Protest alle Kriegskredite verweigern und den räuberischen Imperialismus vor dem Volke entlarven werde. Seine Partei stimmte einmütig und geschlossen unter schärfstem Protest gegen den Gewaltfrieden von Brest-Litowik.

Seitdem arbeitete die Partei ununterbrochen an der Vorbereitung der Revolution. Als vor der deutschen Offensive in Frankreich ein Vertreter der Durchhaltepolitik, namens Stamper, in der „Deutschen Tageszeitung“ erklärte, der Weg zum Frieden läge nur durch den deutschen Sieg, protestierte der „Vorwärts“ in der schärfsten Weise gegen diese Auffassung.

Das unermüdlige Wirken hatte Erfolg. In den ersten Novembertagen konnte die Partei endlich ihre Anhänger auf die Straße rufen, das alte Regime stürzen und die Republik proklamieren. Seitdem hat sie unablässig an der Befestigung und an der Durchführung der Revolution in echt proletarischem und sozialistischem Geiste gearbeitet. Deshalb hat sie auch das Recht, heute gegen den Gewaltfrieden von Versailles zu protestieren und von der sozialistischen Internationale zu verlangen, daß sie auf diesen Pergewaltstaktversuch sofort mit der revolutionären Erhebung des Proletariats antwortet.

Sie erinnern Euch nicht? Sie wußt nicht davon, daß die Fraktion Scheidemanns auch nur gegen den Frieden von Brest-Litowik aktiv mit hätte? Nicht davon, daß sie je auch nur den Versuch gemacht hätte, ihre sozialistische Pflicht bis zum Zusammenbruch und nachher zu erfüllen, daß nicht einmal parlamentarische Drohungen machte, sondern die stärkste Stütze der Regierung blieb?

Wenn Sie den „Vorwärts“ läßt, müßte Sie glauben, dort erlaubt sich Herr Stamper, der Internationalen und namentlich den französischen Sozialisten im arroganten Tone Vorwürfe zu machen, was sie zu tun hätten. Nicht genau daran, er hat in Paris des einen Vertreter hinterlassen, der wünschlich in noch überblühender Weise, seiner allerböchsten Entschlossenheit über den Mangel an revolutionärer Energie — bei den ausländischen Partien Ausdruck gibt.

Heute wendet sich ein gewisser Victor Schill, ein sonst unbekannter Schmod, der wahrlich keine rechtssozialistische Überzeugung in dem Moment entdeckt hat, als die Scheidemanns zur Macht gekommen waren, und der nicht bloß als übler journalistischer Einseitiger des Herrn Winnig begünstigt ist, in einem Artikel gegen die, diesem Herrn zu schwächliche Haltung der französischen Genossen. Der Mann, der weder in der deutschen noch gar in der internationalen Bewegung irgendeinen Verdienst, das ihn bekannt gemacht hätte, aufzuweisen hat, spricht zu unseren Genossen im Auslande wie zu keinesgleichen in individuell vertraulichen Ton des alten Pötkampfers. Und er macht ihnen bittere Vorwürfe, daß sie nicht schamlos Revolution machen.

Abdauern von der Geschwafelhaftigkeit und Taktlosigkeit.





